



Sindelfingen: Nein zur Rückzahlung von 172 Millionen Euro Gewerbesteuern!



Der Einbruch der Gewerbesteuer, als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen und die geforderte Zurückzahlung, sorgt für drastische Einsparungen durch die Stadtoberen.

Ganz besonders getroffen hat es die Stadt Sindelfingen, die sehr stark abhängig ist von der Gewerbesteuer von Mercedes. In seiner Rede beim Neujahrsempfang stellte der neu gewählte OB Markus Kleemann fest: „Dabei müsse die Stadt nicht nur für die vergangenen beiden Jahre 172 Mio. Euro Gewerbesteuern zurückzahlen. Die Gewerbesteuereinnahmen werden sich demnach 2026 auf weniger als ein Zehntel der Einnahmen belaufen verglichen mit 2023. Dieser Einbruch sei dramatisch.“ (SZBZ 19.1.26)

Großprojekte dagegen, wie die Bebauung des Vo-Ba/Post-Areals in der Innenstadt werden als alternativlos hingestellt. OB Kleemann will das mit dem „neuen Sindelfinger Realismus“ lösen. Damit meint er sparen und die Einnahmen verbessern. Wen es bei der Rotstift-Politik in Sindelfingen trifft, wird jetzt deutlich: Die erste Sparmaßnahme gilt – na, wer hätte es gedacht – den Kita-Gebühren, die nach einer Vorlage der



Verwaltung zum Teil um sage und schreibe bis zu 88 Prozent steigen sollen!

Dagegen richtet sich massiver Widerstand der betroffenen Eltern, der von Teilen der Gemeinderatsfraktionen (GRÜNE, SPD, Vielfalt/Linke plus) unterstützt wird. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Betreuung vom 29. Ja-

nuar war der Vertreter von Vielfalt/Linke plus der einzige, der jegliche Gebührenerhöhung ablehnte. (SZBZ 29.1.26).

Woher kommt eigentlich die Finanznot der Städte?

Nach Jahren der Rekordprofite wälzen Mercedes und andere Großkonzerne die Folgen der Wirtschaftskrise und ihren Rückfall im internationalen Konkurrenzkampf auf die Stadt und ihre Bewohner ab. Für Sindelfingen heißt das 172 Millionen Euro zurückzuzahlen. Das entspricht den gesamten laufenden Ausgaben des Haushaltsplans 2025 und 2026!

Die Finanznot der Städte rührt aber auch daher, dass der Bund immer mehr Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne das Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Denn die Priorität heißt: Alles für die Großkonzerne und dafür, dass Deutschland bei der kriegerischen Neuaufteilung der Welt mitmischen kann!

Der Kreistag haut in die gleiche Kerbe!

Bereits am 20.12.25 beschloss der Kreistag Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, die die Schwächsten der Gesellschaft – Kinder und Jugendliche, Frauen sowie Behinderte – treffen. So sollen Kreis-Zuschüsse bis 2030 gekürzt werden: für Jugendhilfe-Einrichtungen, Schulsozialarbeit, Inklusion und Teilhabe, außerdem die Beratungsstellen Thamar und Amila gegen sexualisierte und häusliche Gewalt und den Verein „Frauen helfen Frauen“. Es ist erst ein halbes Jahr her, dass der Bau eines Frauenhauses im Kreis Böblingen beschlossen wurde mit viel zu wenig Kapazitäten (s. letzte Ausgabe der >tatsach<). Auch hier gibt es Protest, der Widerstand entwickelt sich.

Die Ortsgruppe Böblingen/Sindelfingen des Frauenverbands Courage ergreift die Initiative und lädt Betroffene ein, gemeinsame Schritte zum Protest und Widerstand gegen diesen Kahlschlag zu ent-

wickeln.

Das wird auch ein wichtiges Thema bei der Kundgebung zum internationalen Frauentag am 7.3. von 11.00 bis 13.00 Uhr in Sindelfingen vor dem Sterncenter sein.

Die Wohngebietsgruppe der MLPD Sindelfingen unterstützt das mit allen Kräften, erklärt aber auch: die grundlegenden Probleme der Kommunen und großen Mehrheit der Bevölkerung können in diesem kapitalistischen Profitsystem nicht gelöst werden (siehe Artikel Seite 2)

Die MLPD fordert:

- Keine Kürzungen im Sozial-, Bildungs-, Kulturbereich und beim Umweltschutz!
- Kostenlose und qualifizierte Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 470 wie in der Mercedesstadt Wörth
- Abschaffung der Gewerbesteuerrückzahlungen an Großkonzerne! Grundlegende Reform dieser Steuer, für eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung der Kommunen
- Vermögenssteuer für Superreiche
- Besteuerung von Konzern- und Spekulationsgewinnen
- Nein zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Diese Forderungen können im gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und anderen fortschrittlichen Bewegungen durchgesetzt werden. Organisieren wir uns dazu in Gewerkschaften und Selbstorganisationen, in der MLPD und ihrem Jugendverband REBELL!

Tribunal:

Lehren aus dem Niedergang von Detroit – Wir stehen auf für unsere Zukunft!

Freitag, 6. März 17.00

Arbeiterbildungszentrum Süd, Stuttgart-Untertürkheim, Bruckwiesenweg 10

Die Internationale Automobilarbeiterkoordination (IAC) hat zusammen mit anderen Kräften den Vorschlag der MLPD aufgegriffen, in einer nachgestellten Gerichtsverhandlung Mercedes/Daimler, Porsche, Audi und Bosch anzuklagen. Sie bestimmen die Politik im Ländle und sind die Hauptverantwortlichen für eine neue Dimension der Arbeitsplatzvernichtung, der Finanznot und Sparmaßnahmen der Kommunen. Dazu werden sachkundige Arbeiter, Aktivisten der Umwelt- und Kommunalbewegung oder kämpferische Frauen die Anklage untermauern.

Wer Infos wünscht oder dazu beitragen möchte, wendet sich an: MLPD Baden-Württemberg bawue@mlpd.de, 0711 235866



Trotz heftiger Proteste: CDU, Grüne und Freie Wähler für einschneidende Sparmaßnahmen



Welch eine Weihnachtsbescherung! Am 19. Dezember wurde im Stuttgarter Gemeinderat ein Rekord-Sparhaushalt beschlossen, der es in sich hat: Kürzungen bei der Stuttgart-Zulage und den Fahrtkosten-Zuschüssen der städtischen Beschäftigten, beim Klinikum, den Kindern und ihren Eltern, die erheblich mehr für die KiTa bezahlen müssen, sowie in der Kultur und beim Umweltschutz.

OB Nopper musste durch ein Spalier protestierender Menschen

in den Sitzungssaal des Gemeinderates gehen. Zuvor gab es wochenlange Protestaktionen von Erziehern und Eltern, in Kultur – und Sozialbereichen, wo Menschen mit psychischen Probleme, mit Behinderungen, Wohnungslosen oder Geflüchteten geholfen wird. Auf große Empörung stieß, dass OB Nopper und andere Bürgermeister davon sprachen, dass man „Abschied vom Schlaraffenland“ nehmen müsse. So fühlen sich Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen mit Recht brüskiert und abgewertet.



„Alle müssen sparen“, sagt der OB. Das klingt gerecht, stimmt aber nicht. An der Unterstützung für die Konzerne wird nicht gespart. Nopper war sogar gegen die beschlossene, ohnehin geringe Erhöhung der Ge-

werbesteuer und zufrieden damit, dass „viele Investitions- und Fördermaßnahmen bleiben“. Gemeint sind damit Subventionen in Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen für die Konzerne.

Nach Jahren der Rekordprofite wälzen Mercedes, Porsche und Bosch die Folgen der Wirtschaftskrise und ihren Rückfall im internationalen Konkurrenzkampf auf die Stadt und ihre Bewohner ab. So brach die Gewerbesteuer 2025 um die Hälfte auf 700 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr ein.

Die Finanznot der Städte rührt aber auch daher, dass der Bund immer mehr Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne das Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Denn die neue Priorität heißt: Alles für die Großkonzerne und dafür, dass Deutschland bei der kriegerischen Neuaufteilung der Welt mitmischen kann!

AfD & Co wollen Unmut gegen Migranten und Umweltschutz lenken

Die faschistoide Netzzeitung www.nius.de vom 6.12.25 schreibt: In der Debatte würde so getan, „als wäre es allein die Schuld von Mercedes, Porsche und Bosch, dass die Stadtkassen leer sind“. Schuld sei „die industrie feindliche Klimagesetzgebung der EU“ und „Migranten und Sozialhilfempfänger“, denen man „keine Gelder streichen kann, (aber bei) den Leistungsträgern.“ Diese Stimmungsmache gegen den Umweltschutz und die Hetze gegen migrantische Mitbürger weisen wir entschieden zurück!

„An Kultur, Bildung und Sozialem zu sparen kostet viel zu viel!“

Unter dieser Losung fanden verschiedenste Protestaktionen statt. Von Standpunkt der großen Mehrheit der Menschen stimmt das. Doch aus Sicht des Monopolkapitals und seinen Politikern

ist es gerade umgekehrt. Das Geld aus unseren Steuern für die öffentliche Daseinsfürsorge fehle für die Subventionierung der armen (Auto-)Konzerne – so deren Klagen. Eine Gesellschaftsordnung, in der der von uns erarbeitete Reichtum für den Wirtschaftskrieg und den militärischen Krieg verbrannt wird, können wir uns sparen. Deshalb verbindet die MLPD die Unterstützung und Förderung des Widerstandes gegen die Sparbeschlüsse mit der Debatte um die sozialistische Alternative.

Die MLPD fordert:

- Rücknahme der Sparbeschlüsse auf Kosten der Massen
- Erhöhung des Hebesatz für Gewerbesteuern von 420 auf 450 Punkte, wie von Hannes Rockenbach von SÖS / Linke Fraktion beantragt und ihre grundlegende Reformierung
- Abschaffung des Verlustrücktrag, bei denen Konzerne Gewerbesteuern zurückfordern können
- Beibehaltung der Grundsteuer als Reichensteuer auf Grund und Boden mit Verbot der Abwälzung der Grundsteuer durch die Hausbesitzer auf die Mieter
- Vermögenssteuer für Superreiche
- Besteuerung von Konzern- und Spekulationsgewinnen
- Nein zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Diese Forderungen können im gemeinsamen Kampf von Arbeiter- und anderen fortschrittlichen Bewegungen durchgesetzt werden.

Organisieren wir uns dazu in Gewerkschaften und Selbstorganisationen, in der MLPD und ihrem Jugendverband REBELL!

Tribunal:

Lehren aus dem Niedergang von Detroit – Wir stehen auf für unsere Zukunft!

**Freitag, 6. März, 17.00 Uhr
Arbeiterbildungszentrum Süd**

Stuttgart-Untertürkheim, Bruckwiesenweg 10
Die Internationale Automobilarbeiterkoordination (IAC) hat zusammen mit anderen Kräften den Vorschlag der MLPD aufgegriffen, in einer nachgestellten Gerichtsverhandlung Mercedes/Daimler, Porsche, Audi und Bosch anzuklagen. Sie bestimmen die Politik im Ländle und sind die Hauptverantwortlichen für eine neue Dimension der Arbeitsplatzvernichtung, der Finanznot und Sparmaßnahmen der Kommunen. Dazu werden sachkundige Arbeiter, Aktivisten der Umwelt- und Kommunalbewegung oder kämpferische Frauen die Anklage untermauern.

Wer Infos wünscht oder dazu beitragen möchte, wendet sich an die MLPD Baden-Württemberg bawue@mlpd.de, 0711 235866



MLPD zur Landtagswahl am 8. März 2026

Der Kapitalismus/Imperialismus zeigt sein wahres Gesicht und kann kein Problem der Menschheit lösen. Die Diskussion über die gesellschaftliche Perspektive bestimmt diese Landtagswahlen.

In diese Diskussion wird sich die MLPD aktiv einbringen, aber sie kandidiert bewusst nicht zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Sie konzentriert sich darauf, Kämpfe und Streiks gegen Arbeitsplatzvernichtung zu fördern und den Kampf gegen die akute faschistische Gefahr und die Gefahr eines dritten Weltkriegs zu verstärken. **Die MLPD unterstützt kritisch die Wahl der Linkspartei** und empfiehlt zur Stärkung des anti-

faschistischen Bündnisses: Zweitstimme für die Linkspartei, Erststimme: Prüft die Direktkandidaten in eurem Wahlkreis.

Die Linkspartei hat in ihrem Wahlprogramm viele fortschrittliche Forderungen und stellt sich klar gegen Hochrüstung und Faschismus. Die MLPD kritisiert aber die Illusion, dass der Kapitalismus/Imperialismus über das bürgerliche Parlament und ohne sozialistische Revolution überwunden werden könnte, sowie die fehlenden Schlussfolgerungen aus dem Verrat des Sozialismus in der DDR, Sowjetunion und China.

Echter Sozialismus statt Untergang in der kapitalistischen Barbarei!

Kommunalpolitik für die Menschen – schön wär's ?

Steigende Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsaussichten für unsere Jugend, wachsende Armut, Verkehrschaos, all das bestimmt immer mehr unser Leben in den Städten. Denn im staatsmonopolistischen Kapitalismus unterliegen auch die Kommunen der Diktatur der Konzerne, agieren die Stadtverwaltungen als deren Dienstleister.

Dabei wäre Geld genug da, für den Bau bezahlbarer Wohnungen, ausreichender KiTas, einen gut ausgebauten Nahverkehr zum Nulltarif u.a.m.. Aber dazu müssten wir Arbeiter im Bündnis mit anderen Kräften aus dem Volk über die Politik bestimmen können. „Schön wär's“ – denken jetzt manche.

In den ehemals sozialistischen Länder wurde das verwirklicht. In der damaligen Sowjetunion zum Beispiel wurde bereits 1931 eine Städteplanung beschlossen mit Bau von Großküchen, Großwäschereien und betriebseigenen KiTas, die ermöglichten, dass die Frauen arbeiten und sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben beteiligen konnten. Dafür stand auch der Bau der bis heute wegen ihrer Leistungsfähigkeit als Massenverkehrsmittel und Schönheit berühmten Moskauer und Leningrader U-Bahn. Und das damals noch sozialistische China legte Wert auf die Ansiedlung von Betrieben in Einheit mit Wohngebieten, Sozial- und Kultureinrichtungen und viel Grün, um die Trennung von Arbeit und Leben zu überwinden.

Für diese Vision und den dazu notwendigen gesellschaftsverändernden Kampf steht die MLPD. Wir freuen uns auf weitere Mitstreiter für die Alternative des echten Sozialismus! (Infos, Kontakt: stuttgart@mlpd.de)

Wer am Umweltschutz spart, befeuert die Umweltkatastrophe!

So sollen Neubauprojekte bei der SSB verschoben und soll bei der Personalpolitik gespart werden. Nachdem die Ticketpreise zum 1. September 2025 im Schnitt um 5,2 Prozent erhöht wurden, hat sich das Deutschlandticket seit Anfang Januar von 58 auf 63 Euro verteuert. Rund zwei Millionen Euro sollen bei der Pflege und Neupflanzung von Bäumen gekürzt werden. Auch beim Ausbau von Fahrradwegen wird der Rotstift angesetzt. Förderprogramme für den Heizungsaustausch (z.B. Wärmepumpen) und für Balkonkraftwerke werden gekürzt oder gestrichen.

Das beschlossene Ziel „Stuttgart bis 2035 klimaneutral zu machen“ wird damit noch mehr infrage gestellt. Das gefährdet das Stadtklima, insbesondere die Menschen im Talkessel und den Neckarvororten. Bei 40 Grad im Sommer wird ein normales Leben nicht mehr möglich sein.

Aber was schert es OB Nopper in seinem klimati-

sierten Büro, wenn ältere Menschen dann nicht mehr zu Fuß einkaufen und Kinder nicht mehr zum Spielen raus können. Alles Luxusprobleme, Hauptsache Luxusautos können gebaut und gefahren werden. Schluss mit der Lüge von der Verträglichkeit von Ökologie und Ökonomie.

Die MLPD fordert:

- **keine Abstriche am Klimafahrplan „Stuttgart klimaneutral bis 2035!“**
- **Kampf für einen Nulltarif jetzt und Ausbau des ÖPNV, um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen! Finanziert durch eine Umsatzsteuer, v.a. von den großen Konzerne wie Mercedes, Porsche oder Bosch!**
- **Mach mit in der Umweltgruppe der MLPD für eine sozialistische Umweltpolitik im Sinne der Massen!**

„Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts“

Das Zitat „Kultur ist nicht alles, aber ohne Kultur ist alles nichts“ stammt von Karl Valentin und unterstreicht die essenzielle Bedeutung von Kunst, Werten und Traditionen für die Entwicklung der Menschheit.

Von den Sparbeschlüssen sind Kultureinrichtungen und Kunschaffende hart getroffen, aber auch z.B. das „Forum der Kulturen“, das das kulturelle Leben von Migrant*innenorganisationen fördert. Neun Millionen Euro soll weniger für Kulturarbeit eingesetzt werden. Es droht Personalabbau und die drastische Reduzierung des kulturellen Angebotes, bis hin zur existenziellen Gefährdung, insbesondere der sogenannten Kleinkunst mit fortschrittlichem Anspruch!

Bei den Protesten gegen die Sparbeschlüsse waren deshalb die Kulturschaffenden ein kreativer Aktivposten. In ihrem Aufruf heißt es: „Deshalb sagen wir: An Kultur, Bildung und Sozialem zu sparen, kostet viel zu viel! Der Anteil des Kulturförderetats macht im Verhältnis zum Gesamthaushalt bisher weniger als ein Prozent aus.“



Künstlerprotest "Kunst auf dem Trockenen"

Bundesweites Aufsehen erreichte die Protestkundgebung aller Mitarbeitenden der Staatstheater am 6. Dezember, nach der Premiere von Shakespeares Hamlet. So etwas hatte diese ehrwürdige Einrichtung noch nicht gesehen.



Rote Fahne Magazin
Einzelpreis 2.50€
Jahresabo 55€
Verlag Neuer Weg
www.rf-news.de

8. März – Internationaler Frauentag

Vielen Dank, aber mit einer Rose geben wir uns nicht zufrieden!

Frauen bekommen immer noch einen Lohn, der meist nicht reicht, um eigenständig leben zu können. Drastische Kürzungen im Betreuungs- und Gesundheitswesen, Mietwucher und Inflation führen zur Verschärfung der Lage vor allem von Frauen und Alleinerziehenden. Wer kann sich noch einen Kita-Platz leisten, bei der vom Stuttgarter Gemeinderat beschlossenen Erhöhung der Kita-Gebühren von 7-11 Prozent? Sollen Frauen deshalb bei den Kindern zu Hause bleiben?

Nicht mit uns! Deshalb waren Mütter und Erzieherinnen mit vorne dran, bei den Protesten gegen die Sparbeschlüsse. In Böblingen/Sindelfingen wurde auf Initiative des Frauenverbands Courage ein Aktionsbündnis gegründet, in dem auch die MLPD mitarbeitet. Gemeinsam wurde vom Bündnis die Zusage für ein Frauenhaus erkämpft.

Auch international belebt sich der Widerstand der Frauen gegen Diskriminierung und Unterdrückung. Frauen sind besonders der Gewalt ausgesetzt, die durch Kriege, Flucht, Hunger, Umweltzerstörung und faschistische Politik verursacht werden. So fördern die AfD oder die „Tradwife“-Bewegung in den USA patriarchale, egoistische und rückschrittliche Denkweisen und Frauenbilder: Selbstbeschränkung der Frau auf Heim und Herd mit Kinderbetreuung, häuslicher Altenpflege, Abhängigkeit vom und Unterordnung unter den Mann.

Wir dürfen diesen Rollback erkämpfter Frauenrechte nicht zulassen und dass ein faschistisches Frauen- und Weltbild wieder salonfähig wird. Die Herausbildung einer kämpferischen, fortschrittlichen Weltfrauenbewegung und die internationale Solidarität wird immer wichtiger!

Wir bleiben nicht bei dem Anprangern der Missstände stehen. Am 8. März demonstrieren wir für Frauenrechte, Frieden und für eine lebenswerte Zukunft. Auch Visionen von einer befreiten Gesellschaft, wie den Sozialismus, haben darin Platz. Wie sagte schon Clara Zetkin, die Initiatorin des Internationalen Frauenkampftags: Die Befreiung der Frau kann nur in einer befreiten Gesellschaft Wirklichkeit werden.

Wir nehmen gerne eine Rose als Anerkennung unseres Widerstands am 8. März!

Zeigen wir unsere Stärke und Kampfgeist auf der Straße bei Aktionen und Demos (siehe Seite 4)

Frauenbündnis Stuttgart, Samstag 7. März
12.30-15.00 Uhr Kundgebung und Infostände
Schlossplatz, Herzog-Christoph-Denkmal

Sindelfingen:
Samstag 7. März, 11.00-13.00 Uhr, Kundgebung
Sterncenter

Betriebsratswahlen: Keine Stimme für Faschisten!

Die AfD und ihre Vorfeldorganisation „Zentrum“ wollen bei den ab März stattfindenden Betriebsratswahlen in den Belegschaften Fuß fassen oder ihren Einfluss erweitern. Sie setzen dabei an den Sorgen der Kolleginnen und Kollegen um die Arbeitsplätze, Kriegsgefahr u.a. an.

AfD und „Zentrum“ geben sich heute als Freunde der Arbeiter. So prangern sie die Arbeitsplatzvernichtung an. Schuld daran sei die Elektromobilität als „Ideologieprojekte der Weltklimauntergangsekte“. Das ist nicht nur bar jeder wissenschaftlichen Erkenntnis von der begonnenen globalen Umweltkatastrophe, sondern zeigt auch die menschenverachtende Ideologie dieser faschistischen Kräfte. Dazu gehört die rassistische Hetze gegen Migranten und Flüchtlinge, die Schuld am Schlei-

fen sozialer Rechte sein sollen.

Der Gegner für AfD und „Zentrum“ ist die Arbeiter- und Umweltbewegung. So ruft „Zentrum“ die Kollegen auf, aus der IG Metall auszutreten und in ihren Verein einzutreten, der sich großspurig „alternative Gewerkschaft“ nennt. Was soll das aber für eine „Gewerkschaft“ sein, die die Konzerne und ihre Vorstände und Großaktionäre vor der Arbeitereinheit und ihrem Kampf schützt? Diese Leute sehen in Trump und dem superreichen Tesla-Chef Elon Musk, der mit faschistischen Methoden gegen Gewerkschafter in seinem Werk in Grünheide vorgeht, ihre Idole.

Die MLPD ruft die Kollegen auf: Keine Stimme für Zentrum! Für das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen!

Neues Bündnis „Buntes Untertürkheim“ gegründet für Vielfalt und Solidarität, kompromisslos gegen Faschismus“

Auf der Kundgebung vom 6. September gegen faschistische Schmierereien wurde die besorgniserregende Entwicklung diskutiert. Ultrarechte Parteien und faschistische Kräfte wollen Einfluss gewinnen. Sie stellen sich demagogisch als „Kümmerer“ für die Fragen der Leute dar, um geschickt von ihrer reaktionären Weltanschauung abzulenken. Diese Leute rechtfertigen ihre brutalen Remigrationspläne mit den angeblich kriminellen Migranten. Der Angriff auf den Pizza-Service zeigte, dass sich das auch gegen integrierte Migranten richtet.

Mit solchen rassistischen Aktionen wollen Faschisten in den Stadtteilen und den Betrieben Hass schüren und Migranten und Flüchtlinge die Schuld an den ganzen Krisen und Problemen an-

hängen. Ohne Migranten würde doch in Stuttgart gar nichts mehr laufen.

Mit dem neuen Bündnis soll die Vielfalt, die Solidarität und die klare Haltung gegen Faschismus im Stadtteil gestärkt werden. Dazu soll vor den Landtagswahlen ein Informationsstand unter dem Motto : „Keine Stimme der AfD“ bzw. rechten Parteien organisiert werden.

Weiter geplant ist eine breite Vernetzung, um schnell auf rassistische Angriffe reagieren zu können, ein Kennenlertreffen im Mäulentreff am 19. April und in weiterer Zukunft ein antifaschistischer Stadtrundgang.

Für alle, die mitgestalten wollen: das Bündnis trifft sich das nächste Mal am **16. März 19.00h im Kulturtreff Strümpfelbacherstr 38 1.Stock.**

Unterstützt die Schulstreiks gegen Wehrpflicht am 5. März!

Gegen die schleichende Wieder-Einführung der Wehrpflicht – machten auch in Stuttgart viele Schüler, linke Jugendverbände und ältere Kriegsgegner mobil.

Etwa 800 beteiligten sich am ersten Schulstreik gegen Wehrpflicht am 5. Dezember. Sie kritisierten, dass gigantische Gelder für die Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit verpulvert werden, während sie in maroden Klassenzimmern mit zu wenig Lehrern für eine unsichere Zukunft lernen sollen. Dass ihre Interessen und Bedürfnisse der Regierung egal sind, während sie für die „Interessen der Reichen und Rüstungsprofiteure den Kopf hinhalten sollen. „Die Menschen, die auf der anderen Seite in den Krieg geschickt werden, stehen uns viel näher als die, die uns in die Schützengräben schicken wollen.“ Hauptparolen waren: „Nie, nie wieder Wehrpflicht!“ aber auch „Jugend, Zukunft, Sozialismus !

Solche klaren Worte passen nicht in die Propaganda von der Bundeswehr als angeblich „größter Friedensbewegung“ und der Behauptung, die Aufrüstung diene nur der Verteidigung.

Deshalb versuchen einzelne Schulleitungen, die Teilnahme an den Schulstreiks zu unterdrücken. So berichten die Stuttgarter Streikkomitees über die Vorgänge am Eschbach-Gymnasium: „Am Montag nach dem Streik wurden 14 Schüler:innen zu einem Gespräch mit der Schulleitung „eingeladen“. Man werde einen weiteren Streik nicht tolerieren. Inzwischen haben einige der Schüler:innen Briefe bekommen und müssen Verwarngelder in Höhe von 20€ zahlen. “ Gegen diese Einschüchterungsversuche haben sie eine Petition gestartet und bitten um Unterstützung. Hier:

<https://www.change.org/p/keine-bußgelder-für-die-streikenden-am-eschbach-gymnasium>



Der Jugendverband REBELL der MLPD ruft zum Widerstand gegen die Wehrpflicht und Militarisierung der Gesellschaft auf, als Schritt zur Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Er fördert den Aufbau einer sozialistischen Jugendbewegung zur Abschaffung des Imperialismus und Aufbau einer echten sozialistischen Gesellschaft.

www.rebell.info/
2025/12



Gaza soll leben!

Gastbeitrag der Regionalgruppe – Palästina muss leben!

Fast alle Krankenhäuser zerstört. Medizinisches Personal, inhaftiert, misshandelt, gefoltert oder auch getötet. Und 2026? Die israelischen Besatzungstruppen schränken immer noch die Lieferung von medizinischen Gütern ein. 37 internationalen, renommierten Hilfsorganisationen wurde im Januar verboten, künftig in Gaza zu arbeiten.

Die revolutionäre Weltorganisation ICOR hat einen Solidaritätspakt mit der Al Awda Health Community Association in Gaza geschlossen. AlAwda ist eine säkulare palästinensische, gemeinnützige Organisation. Ziel des Vertrags ist die Organisierung von medizinischer Akut- und Nothilfe und der Wiederaufbau eines Al Awda-Gesundheitszentrums mit internationalen Spendengeldern und gemeinsam mit internationalen Helfern.

Bisher wurden **bereits 350 0000 Euro gesammelt**. Unsere Partner schrieben uns am 14.1.26: „Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie sehr uns eure Solidarität und eure Zusammenarbeit mit uns moralisch gestärkt haben. ...die bedingungslose Zusammenarbeit mit euch gibt Al-Awda die

Möglichkeit, die Mittel von euch, ganz flexibel für die lebenswichtigen und grundlegenden Bedürfnisse der Patienten und Begünstigten einzusetzen. Wir haben eine Kinderkrippe für fünf Familien eröffnet, 10.000 Dollar der von euch erhaltenen Mittel in die Einrichtung einer Kinderkrippe investiert, 25.000 Dollar für die Installation einer Heizungsanlage für die Frauenstation und die Entbindungsstation verwendet.“

Spendet unter dem Stichwort: Gaza soll leben
Spendenkonto Solidarität International eV. :
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84

Macht mit bei „Palästina muss leben“ Unsere nächsten Mahnwachen mit Spendensammlung sind am 20. Februar und 20. März von 15.00 – 18.30 am Schlossplatz. Ein Treffen für alle Interessierten ist am 4. März im ABZ*

Eine Benefizveranstaltung soll Ende März stattfinden. Infos bei gaza-solidaritaet@web.de

Der Krieg ist nicht nur das Dröhnen der Waffen



Der Krieg ist ein leerer Kinderbauch, der vor Hunger schreit und kleine Augen, die müde von Tränen sind.

Der Krieg ist eine Mutter unter den Trümmern, die das Bild ihres Sohnes hält und mit seiner Abwesenheit spricht.

Der Krieg ist ein Land das blutet, ohne dass jemand seine Wunden verbindet und wenn wir nicht aufstehen, wenn wir unsere Hände nicht ausstrecken - dann werden wir alle mitschuldig an den Tränen der Kinder und an der Stimme des Hungers, die niemals schweigt.

"Er trägt mich ohne Kopf"
Kinderbild aus Gaza

*Ich habe nicht nur über den Krieg gelesen.
Ich habe den Krieg erlebt.*

Gedanken einer syrischen Mutter zu Gaza und Syrien

Die Gaza-Soli-AG des Rebell ist aktiv

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die breite Solidarität für das palästinensische Volk unter der Masse der Jugend zu organisieren und voranzubringen. Dabei ist unser größtes Anliegen, Jugendliche zur aktiven Beteiligung zu gewinnen.

Wir unterstützen den ICOR-Solidaritätspakt mit der Al-Awda Health Association zum Wiederaufbau der Gesundheitszentren im Gaza-Streifen. Hierzu machen wir eigene Einsätze bei denen wir Spenden sammeln. Bei unserem letzten Einsatz vor dem Cannstatter Carre kamen dabei in nur einer Stunde bei eisiger Kälte über 120 Euro zusammen. Mit Musik und eigenem Transparent beteiligen wir uns an der monatlichen Mahnwache des "Internationalistischen Bündnis" auf der Königsstraße in Stuttgart. Da-

bei gewinnen wir regelmäßig neue Interessenten für die Gaza-AG. Bei der letzten Mahnwache besuchten wir unterschiedliche Apotheken in der Stuttgarter Innenstadt und warben aktiv für die Unterstützung des Solidaritätspakts. Mit einer, von der Health Association erstellten Medikamentenliste ausgestattet, fragten wir die Apothekerinnen und Apotheker nach Medikamentenspenden. Alle begegneten uns mit großer Offenheit und zeigten sich solidarisch und interessiert. Das zeigte uns wieder einmal: Die Bevölkerung steht hinter den Menschen in Gaza und ist gegen Waffenlieferungen der Bundesregierung an Israel!

Macht mit und kommt zu unserer nächsten Gaza AG am 18.2., 17.00 Uhr ABZ*

Aktivitäten zum Internationalen Frauentag 8. März

Stuttgart:

Frauenbündnis Stuttgart, Samstag 7. März
12.30-15.00 Uhr Kundgebung und Infostände
Schlossplatz, Herzog-Christoph-Denkmal

Sonntag, 8. März, Demonstration 14.00 Uhr,
Schlossplatz

Sindelfingen:

Samstag 7. März, 11.00-13.00 Uhr, Kundgebung
Sterncenter

Sponsorenessen für die Gesundheitsversorgung in Gaza

Samstag 28 März, 13.00 - 16.00 Uhr
Stadtteiltreff Viehweide Sindelfingen,
Veranstalter Frauenverband Courage

Veranstaltungen im ABZ*

Fasnacht unterm Rotenberg für Jung und Alt

Samstag, 14. Februar, 15.00 Uhr

Politischer Aschermittwoch der MLPD

Mittwoch 18. Februar, 18.30, Einlass 17.30 Uhr
Eintritt 5 Euro/3 Euro ermäßigt

Konzert "Wildflower" Blues - Rock - Soul

Samstag 7. März, 19.00 Uhr

Eintritt 15 Euro/12 Euro ermäßigt

Facebook, TikTok, Instagram, Telegram... was

prasselt da auf uns ein und wie gehen wir verantwortungsvoll um mit den digitalen Medien?

Ein Abend vom Jugendverband Rebell

Freitag 20. März, 19.00 Uhr

Eintritt frei, Spenden willkommen

Meine Patientenrechte, Vortrag von Heiner

Jestrabek, Mittwoch 25. März 19.00 Uhr

Eintritt 6 Euro/4 Euro ermäßigt

Lese- und Studiengruppen

Stuttgart-Feuerbach: Donnerstag in den geraden Wochen, 18.00 Bürgerhaus, Stuttgarter Str. 15

Stuttgart-Untertürkheim:

Dienstag 17.2. um 18.00 Uhr **im ABZ***

Sindelfingen:

Dienstag 10.3. um 18 Uhr,

Ernst-Schäfer-Haus, Corbeil-Essonnes-Platz

Marx-Engels-Lesekreis des ABZ*

Freitag in den ungeraden Wochen, 17.00 Uhr

Kampfsport International

Jeden zweiten Donnerstag,

ungerade Woche, 18 Uhr ABZ*

Kontakt:

MLPD, Bruckwiesenweg 10

70327 Stuttgart Tel.:0711-2361350,

e-mail: stuttgart@mlpd.de,

www.mlpd-stuttgart.de